



CONCOURS GRANDE ECOLE
ORAUX LVB ALLEMAND

Choix de textes de la session Juin-Juillet 2025

Deutschland darf das Sondervermögen nicht verplempern

Volker Brühl, WirtschaftsWoche, 19.4.25

Politische Versprechen reichen nicht aus. Wir brauchen institutionelle Kontrollen, damit die Sondervermögen zielgerichtet ausgegeben werden. Ein Gastbeitrag.

Schon lange nicht mehr hat ein wirtschaftspolitisches Thema so kontroverse Debatten provoziert wie die Reform der Schuldenbremse und das milliardenschwere neue Sondervermögen für die Infrastruktur. Die Befürworter sehen darin den großen Wurf, der eine kräftige wirtschaftliche Erholung der lahmenen Wirtschaft auslösen soll. Die Gegner warnen vor einer stark steigenden Schuldenquote, welche die Solidität der Staatsfinanzen gefährdet und zu steigenden Zinsen, höheren Inflationsraten und unverantwortlichen Lasten für künftige Generationen führen wird.

Fest steht: Mit den Schulden wachsen die Begehrlichkeiten aller möglichen Interessengruppen, die sich ihren Anteil am Kuchen sichern wollen. Dadurch besteht das Risiko, dass in den kommenden Jahren die Mittel nicht dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden und den größten ökonomischen Nutzen stiften – dass sie vielmehr der kurzfristigen Befriedigung von Partikularinteressen dienen.

Um dies zu verhindern, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens: Die Politik muss zweifelsfrei klären, was unter „zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur“ zu verstehen ist. Hier gibt es Unschärfen im Haushaltsrecht. In der Regel wird ein enger Investitionsbegriff zugrunde gelegt, der vor allem Investitionen in Gebäude, Verkehr, Fahrzeuge sowie tangible Wirtschaftsgüter wie IT und Netzinfrastruktur (Telekommunikation, Energie) umfasst.

Nicht enthalten sind bei dieser Definition personalintensive Innovationsprogramme in Wissenschaft und Forschung. Solche Investitionen in die Zukunft der Wissensgesellschaft haben aus ökonomischer Sicht aber zweifellos investiven Charakter. Hier sollte die künftige Bundesregierung schnell Klarheit schaffen und die Regeln so nachschärfen, dass beim Infrastrukturpaket wichtige Zukunftstechnologien nicht außen vor bleiben.

Das gilt vor allem für Investitionen in die KI-Forschung und KI-Infrastruktur. Hier droht Deutschland im globalen Wettbewerb zurückzufallen, wenn es nicht gelingt, deutlich mehr Mittel zu mobilisieren. Ebenso brauchen wir Leuchtturmprojekte in den

Bereichen Halbleitertechnologie, Green Tech, Biotechnologie und innovative Energietechnik.

Sollte die Politik hingegen aus dem Infrastrukturprogramm überwiegend „Betoninvestitionen“ finanzieren, entsteht bestenfalls ein Strohfeuer für die Bau- und Bauzulieferindustrie. Das lehrt die Geschichte solcher Konjunkturprogramme. Steigende Zinsen können private Investitionen verdrängen; die Knappheit von Handwerkerleistungen dürfte sich verschärfen und zu steigenden Preisen führen. Private Kunden werden sich dann noch weniger als bisher Neubauten oder Sanierungsarbeiten leisten können.

Und angesichts knapper Kapazitäten könnte ein großer Teil der Wertschöpfung an Subunternehmen im Ausland gehen. Natürlich darf man die Notwendigkeit von baulichen Maßnahmen bei Schulen, Hochschulen oder Transportwegen nicht verkennen, im Gegenteil. Jedoch wird hier ein wesentlicher Teil von Ländern und Kommunen geleistet werden müssen, die ja gerade deshalb am Sondervermögen partizipieren.

Hilfe vom Bundesrechnungshof

Zweitens: Die Beurteilung der Investitionsvorhaben sollte bei Überschreitung eines Mindestvolumens nach klaren wirtschaftlichen Kriterien erfolgen – und zwar durch unabhängige Experten. Auch beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds, den die Politik während der Pandemie als Sondervermögen zur Unterstützung gefährdeter Betriebe einrichtete, prüften damals externe Gutachter die Tragfähigkeit der Geschäftsmodelle, um eine zielführende Mittelverwendung zu gewährleisten.

Bei Projekten, die sich für eine betriebswirtschaftliche Rentabilitätsanalyse eignen, könnte man nun in ähnlicher Weise verfahren. Die Methoden sind hinlänglich bekannt. Um öffentliche Investitionen zu beurteilen, gibt es moderne Ansätze, die Kosten und Nutzen mehrdimensional abbilden und wichtige Entscheidungshilfen geben. So werden zum Beispiel Projekte, die durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds finanziert werden, durch eine umfangreiche Cost-Benefit-Analyse (CBA) im Vorfeld analysiert.

Drittens schließlich brauchen wir ein professionelles Investitionscontrolling, damit sich enorme Kostensprünge wie bei Projekten der jüngeren Vergangenheit (Stuttgart 21, Flughafen Berlin-Brandenburg) vermeiden lassen. Hier ließe sich ein unabhängiges Expertengremium einbinden – oder sogar der Bundesrechnungshof.

„Die Krise der Autoindustrie schickt viele Maschinenbauer in die Insolvenz“

Henryk Hielscher, Wirtschaftswoche, 29.3.2025

Innovation trifft Krise: Die Hannover Messe startet, während es im Maschinenbau rappelt. Der Branche drohen weniger Aufträge – und mehr Pleiten.

Am Sonntagabend geht es los. Dann wird Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Hannover Messe eröffnen. Zur weltgrößten Industrieschau werden rund 4000 Aussteller aus mehr als 60 Ländern erwartet. 260 Aussteller kommen allein aus dem diesjährigen Partnerland Kanada nach Hannover, um mit Geschäftspartnern und Investoren ins Gespräch zu kommen und neue Kunden zu gewinnen. Und nebenbei wird es wohl auch um die ganz großen Wirtschaftsthemen gehen: um die Pläne der kommenden Bundesregierung für milliardenschwere Investitionen in die Infrastruktur, um Künstliche Intelligenz, neue Handelsallianzen und – logisch – um die Trumpschen Zoll- und Wirtschaftsvolten.

Trotz der weltweiten Unsicherheiten rechnet Messechef Jochen Köckler mit einer deutlich besseren Stimmung in Hannover als noch vor einem Jahr.

Nur: Ist der Optimismus berechtigt?

Schon seit geraumer Zeit kämpft die deutsche Industrie mit der konjunkturellen Flaute. Vor allem die Situation im Maschinenbau sei alarmierend, befand vor Kurzem Jens Stobbe, Manager Risk Services beim Warenkreditversicherer Atradius. In den letzten 15 Jahren habe es keinen so starken Nachfragerückgang gegeben wie aktuell. 2024 schrumpfte die deutsche Maschinenbauproduktion demnach um 5,7 Prozent. Für 2025 wird ein weiterer Rückgang um 0,6 Prozent gerechnet.

Unsicherheit durch die US-Regierung

Die Folge: Die Insolvenzzahlen in der Branche, die mit mehr als einer Million Beschäftigten Deutschlands größter industrieller Arbeitgeber ist, dürften steigen. „Bis Ende Februar 2025 verzeichnen wir in dieser Branche bereits einen Anstieg der Nichtzahlungsmeldungen von mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum“, so Stobbe. Schon im vergangenen Jahr gab es deutlich mehr Großinsolvenzen im Maschinenbau und bei Herstellern von Metallwaren, zeigt eine Analyse der Unternehmensberatung Falkensteg.

Im Gesamtjahr 2024 stiegen die Insolvenzen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als zehn Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr im Maschinenbau um 33 Prozent auf 32 Fälle. Bei Metallwarenherstellern war der Anstieg mit 71 Prozent auf 48 Fälle noch dramatischer. Im Durchschnitt verzeichnete der Maschinenbau demnach acht Großinsolvenzen pro Quartal, bei den Metallwarenherstellern lag der Quartalsdurchschnitt bei zwölf.

Besonders das vierte Quartal 2024 zeigte laut den Falkensteg-Daten einen sprunghaften Anstieg, als 24 Metallwarenhersteller und 12 Maschinenbauer Insolvenzanträge stellen mussten. „Vor allem die Krise in der Automobilindustrie schickt viele Maschinenbauer in die Insolvenz“, sagt Falkensteg-Partner Sebastian Wilde. Bestes Beispiel: der schwäbische Maschinenbauer Manz, der Ende Dezember 2024 Insolvenz anmeldete. Das Unternehmen hatte auf Geschäfte mit Anlagen für Batteriezellfabriken für die E-Mobilität gesetzt. Doch das Geschäft geriet ins Stocken. Im Februar verkündete Insolvenzverwalter Martin Mucha, dass eine Tochter des Elektroautobauers Tesla mehr als 300 Beschäftigte sowie die entsprechenden Anlagen von Manz in Reutlingen bei Stuttgart übernehmen wird.

Auch für 2025 ist Wilde skeptisch. „Eine weitere Steigerung der Insolvenzen um 20 Prozent ist realistisch“, sagt der Experte. „Die bestehenden Unsicherheiten durch die US-Administration, aufkommende Zölle und schwächelnde Absatzmärkte erschweren eine positive Prognose.“ Dabei hatte eine Stabilisierung der Auslandsaufträge bei Deutschlands Maschinenbauern zum Jahresanfang noch die Hoffnung auf bessere Zeiten geschürt. Bei den Neubestellungen im Januar verpassten die Maschinen- und Anlagenbauer in Summe das Ergebnis des Vorjahresmonats nur knapp, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) mitteilte.

Auch bei den Insolvenzzahlen gab es in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wenig Bewegung. Dass das so bleibt, ist allerdings unwahrscheinlich. Typischerweise lägen die Insolvenzzahlen im ersten Quartal niedriger als in den folgenden Quartalen, sagt Falkensteg-Partner Wilde. Ab dem zweiten Quartal würden die Jahresabschlüsse erstellt, und „dann wird es mit der Bankenkommunikation schwieriger, wenn die schlechten Jahresabschlüsse des Vorjahres vorliegen“, so Wilde. Sein Fazit: „Die Maschinenbau- und Metallwarenbranche steckt wie ein Schiff in stürmischer See.“ Nach der „Flutwelle 2024 erleben wir gerade die trügerische Ruhe vor dem nächsten Sturm“.

Die Situation ist klar und zwingend

Christian Kohlpaintner, Die WELT, 11.3.2025

Es gibt kein Erkenntnisproblem in Deutschland. Die Themen liegen offen auf dem Tisch: drei Millionen Arbeitslose, international nicht wettbewerbsfähige Energiepreise, Inflationsdruck, überbordende Regulierung und Bürokratie, ausbleibende oder abwandernde Investitionen, sinkende Wertschöpfung und Industrieproduktion, verunsicherte Verbraucher, instabile politische Rahmenbedingungen in Deutschland, Europa und der Welt.

Die Situation ist klar und zwingend. Doch leider galt zu lange: Nach der Analyse kommt die Paralyse. Es ist dringender denn je, dass wir ins Handeln kommen. Wir – das sind Wirtschaft und Politik, im engsten Schulterschluss. Die industrielle Wertschöpfungsfähigkeit sicherzustellen, muss wieder oberste Priorität unseres Landes und Primat der politischen Führung werden. Mit unbedingtem Umsetzungswillen müssen sich nun alle Seiten den Herausforderungen stellen und ihren Beitrag leisten. Eine grundsätzliche industriepolitische Wende ist nötig, die schon lange seitens der Industrie gefordert wird und die eine neue Regierung, unabhängig von parteipolitischen Unterschieden, unmittelbar einleiten muss.

Überbordende Bürokratie und Regulierung lähmen die Wirtschaft, verhindern Wettbewerb und Fortschritt. Die Politik auf Bundes- und EU-Ebene muss dies auf ein realistisches Maß zurückschneiden, Komplexität herausnehmen, schnellere Entscheidungsfindung und Umsetzung ermöglichen. Gleichzeitig müssen industrielle Investitionen und Innovationen ausdrücklich willkommen geheißen werden, um weitere Abwanderung von Kapital und Knowhow zu verhindern. Und dabei spreche ich bewusst nicht von staatlichen Subventionen, sondern von Anreizen und Rahmenbedingungen, die den Umsetzungswillen der Industrie, die vorhandene Expertise und die Leistungsfähigkeit befeuern und belohnen.

Denn die Basis ist da. Deutschlands schwächelnde Wirtschaft hat weiterhin ein starkes Fundament. Die Unternehmen in Deutschland verfügen über jahrzehntelanges Knowhow und sind nach wie vor Innovationsführer in diversen Bereichen. Wir haben spezialisierte Mittelständler, die Weltmarktführer in ihren Nischen sind. Und wir haben die deutschen Weltkonzerne, die mit ihrem globalen Footprint Schwächen der heimischen Wirtschaft ausbalancieren und so die deutsche Innovations- und Wertschöpfungsfähigkeit erhalten.

Deutschland ist eine globale Drehscheibe. Wir sind Exportnation, kulturoffen, Vermittler und Bindeglied zwischen Ost und West. Wir sind das Geburtsland der Chemie und Logistik und stellen immer noch die Weltmarktführer in diesen Bereichen. Aber: Auch die Industrie muss ins Handeln kommen und ihre Hausaufgaben machen. Und das wird sie. Dies kann ich zumindest für meine Branche, die Chemie und die Chemiedistribution, versprechen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre, die historisch niedrige Produktionsleistung in der einstigen Vorreiterindustrie sind ein klarer Weckruf.

Der Wille zu Innovation und nachhaltiger Weiterentwicklung ist da. Spezialisierung, Restrukturierung und Konsolidierung der Chemieindustrie sind nötig und bereits im vollen Gange, um zurück auf den Pfad nachhaltigen Wachstums zu kommen und um schlagkräftige, global wettbewerbsfähige Player zu kreieren. Dabei ist ein mittlerweile ad absurdum geführtes europäisches Wettbewerbsrecht dringend neu auszutarieren. Die Chemieindustrie liefert die Grundstoffe und Ausgangsprodukte für beinahe alle anderen produzierenden Industrien. Eine wettbewerbsfähige, innovative und zukunftsorientierte Chemieindustrie ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärke der deutschen und europäischen Industrie insgesamt.

Entschieden und geschlossenes Handeln ist nun das Gebot der Stunde: zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Deutschland und Europa. Eine starke europäische Wirtschaft ist Fundament und Antrieb eines starken Europas. Unser Land und unsere Wirtschaft als Motor Europas muss wieder aus dem Stottergang kommen. Wir müssen uns stark machen, um gemeinsam den weltweiten politischen und makroökonomischen Entwicklungen entgegenzutreten. Die Zeit dafür ist jetzt. Wir haben viele Hebel selbst in der Hand, wir haben Stärken, die wir ausspielen müssen – für eine bessere Wirtschaft, ein wachsendes Land und ein starkes, vereintes und demokratisches Europa.

Wir sind das Geburtsland der Chemie und Logistik und stellen immer noch die Weltmarktführer in diesen Bereichen.

Bürokratieabbau für acht von zehn Firmen

Wolfgang Böhm, Lisa Kaiser, Die Presse (Brüssel/Wien), 27.2.2025

Umweltgesetze. Die EU-Kommission rudert mit Auflagen und Berichtspflichten zurück. Politisch wird es nicht nur leicht, demokratisch getroffene Entscheidungen rückabzuwickeln.

Es ist kein kleiner Einschnitt in bestehende und demnächst gültige EU-Regeln zum Umweltschutz, der nach dem Vorschlag der EU-Kommission für einen Bürokratieabbau vollzogen werden soll. Ursula von der Leyen zieht die Notbremse, sie rudert bei Berichterstattungspflichten und bei regulativen Auflagen für Unternehmen stark zurück. Manche dieser Auflagen, wie sie etwa im Lieferkettengesetz erst vergangenes Jahr beschlossen wurden, werden großteils gekippt oder nur noch für einen sehr kleinen Teil der Unternehmen verpflichtend sein. Die EU-Kommissionspräsidentin rechtfertigt dies mit einer notwendigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. „Unsere Klimaziele ändern sich dadurch nicht. Aber unser Weg dorthin muss flexibler und technologieoffener werden“, betonte sie am Mittwoch bei einer Rede vor Industrievertretern in Antwerpen.

Das gemeinsam mit Vorschlägen für einen „Clean Industrial Deal“ vorgenommene Maßnahmenpaket soll acht von zehn Unternehmen entlasten. Österreichs EU-Kommissar Magnus Brunner sieht darin einen erheblichen Fortschritt: „Dieser Vereinfachungsvorschlag wird den Unternehmen wieder den Freiraum geben, sich auf das zu konzentrieren, was sie gut können und was sie machen wollen: unternehmerisch tätig sein. Deshalb müssen wir die Axt ansetzen.“

Diese Axt betrifft vier EU-Gesetze: Die Berichtspflicht zur Nachhaltigkeit soll künftig nur noch für Großunternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten gelten. Damit sollen 80 Prozent der Unternehmen von den Verpflichtungen ausgenommen werden. Das Lieferkettengesetz soll nur noch direkte Lieferanten von europäischen Firmen betreffen und diese müssen statt jährlich nur noch alle fünf Jahre überprüft werden. Außerdem soll die Anwendung der Richtlinie um ein Jahr (bis 26. Juli 2028) aufgeschoben werden. Bei der Taxonomie-Regelung zur Definition umweltfreundlicher Finanzprodukte wird ebenfalls die Berichtspflicht deutlich vereinfacht. Die CO₂-Grenzsteuer soll künftig 90 Prozent der Unternehmen ausklammern und nur noch die größten Importeure in der EU betreffen. „Wir können

damit fast das gleiche Ergebnis erzielen, aber mit einer massiven Abkehr von der Bürokratie“, argumentiert der zuständige EU-Kommissar Wopke Hoekstra.

Außerdem kündigte die EU-Kommission an, dass sie ihre bisher sehr strengen Regeln für staatliche Beihilfen für Industriebetriebe lockern werde. Für die Ansiedlung neuer Unternehmen in der EU sollen zudem die notwendigen Genehmigungen beschleunigt werden.

Vertreter der Wirtschaft und der Europäischen Volkspartei sprechen von einem wichtigen Durchbruch. Problematisch sehen Teile der Deregulierung die Grünen und Sozialdemokraten. Sie kritisieren, dass die neue Kommissionsführung mit ihrem Maßnahmenkatalog unter dem Namen „Omnibus“ über Jahre verhandelte EU-Gesetze wie jenes zu den Lieferketten so weit aushöhlt, dass sie kaum noch regulatorische Wirkung – etwa im Kampf gegen Kinderarbeit – erzielen. „Die Abschwächung der Standards ist eine Bankrotterklärung der Kommission und eine Abkehr von allem, für das Ursula von der Leyen im letzten Mandat anscheinend noch eingestanden ist“, kritisiert die grüne EU-Abgeordnete Lena Schilling. Sie betont allerdings, dass es auch „Licht“ in den Vorschlägen gebe, etwa die Erleichterungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung für kleinere Unternehmen.

Problematisch könnte freilich noch die teilweise Rückabwicklung von EU-Gesetzen werden, die erst kürzlich durch demokratische Entscheidungen zustande gekommen sind. Die Änderungen müssen nämlich vom Rat der EU (Regierungsvertreter) und dem EU-Parlament neuerlich abgesegnet werden. Im EU-Parlament ist zwar mit Widerstand und möglichen Abschwächungen zu rechnen, eine Mehrheit erscheint allerdings in beiden Entscheidungsgremien möglich. Zahlreiche Regierungen unterstützen bereits den Kommissionsvorschlag.

Was man mal probieren könnte

Ein paar radikale Gedanken zur strukturellen Missachtung von Eltern und Kindern

Jakob Biazza, Süddeutsche Zeitung, 22.3.2025

Der „Gender-Pay-Gap“ ist einer der großen Begriffe im Kampf um Gleichberechtigung. Es geht entsprechend regelmäßig durcheinander, wenn man den Sexismus der Gesellschaft an der geringeren Bezahlung von Frauen verdeutlichen will. 18 Prozent, die Zahl kommt vom Statistischen Bundesamt, verdienen sie im Schnitt pro Stunde weniger als Männer. So hoch ist diese Zahl allerdings nur, wenn man nur aufs Geschlecht blickt und nicht auf die konkrete Arbeit.

Vergleicht man einen Mann und eine Frau, die den gleichen Job haben (Oberärztin und Oberarzt, zum Beispiel), den sie gleich lang ausüben, im selben Bundesland und so weiter, beträgt der Lohnunterschied im Schnitt nur sechs Prozent. In der Regel ziehen diejenigen diese Zahl hervor, die sagen wollen: Seht her, so schlimm wie alle immer tun, ist es gar nicht. Es gehört deshalb zu den großen Leistungen von Stefan Schulz' neuem Buch „Die Kinderwüste - Wie die Politik Familien im Stich lässt“, diese Argumentation ganz entspannt bloßzustellen. Und zu verdeutlichen, dass die sechs Prozent zwar reiner Sexismus sind, die 18 Prozent aber weiterhin das eigentliche gesellschaftliche, weil strukturelle Problem.

Zunächst mal mit sehr gut kuratierten Zitaten. Aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts führt er folgende Zwischenüberschrift ins Feld: „Ab Anfang 30 nimmt der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern fast stetig zu.“ Und fährt fort: „Der zweite Absatz beginnt daraufhin so: &„Frauen in Deutschland sind bei der Geburt ihres ersten Kindes durchschnittlich 30 Jahre alt.““

Schulz, unter anderem Gastgeber der erfolgreichen und unter anderem auf Youtube abrufbaren Podcasts „Die neuen Zwanziger“ (mit Wolfgang M. Schmitt) und „Fernsehpodcast“ (mit Mick Klöcker), macht das oft in diesem Buch: Thesen und Erkenntnisse, etwas zu häufig aus Zeitungstexten oder Fernsehsendungen, zu einem Mosaik verdichten. Nicht immer gelingt es ihm so gut wie beim Pay-Gap. Oft erschafft er eher ein Stimmungsbild, manchmal sogar nur ein weithin freies Assoziationswerk. Das Ganze gerät so ab und an eher zur Polemik als zur scharfen Analyse.

Das macht einiges an dem Buch angreifbar und ein paar Stellen auch latent unverständlich. Es entwickelt aber auch eine gewisse Kraft. Es stimmt schließlich, was er, angekündigt provokant, als sehr zentrale These in den Raum stellt: „Die Liebe von Eltern zu ihren Kindern wird politisch missbraucht.“

Klar, Artikel 6 des Grundgesetzes stellt Familien unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. In der Realität bedeuten Kinder aber weiterhin eine immense finanzielle und zeitliche Belastung, etwa weil Betreuungsangebote fehlen und Eltern viele Aufgaben übernehmen, die besser das Bildungssystem leisten sollte. Zumindest, wenn man echte Chancengleichheit wollte.

Dazu ist ein Hilffsystem entstanden, das - unter anderem, weil man es bei diversen Ministerien und Ämtern angesiedelt hat - derart unüberschaubar ist, dass zwei Milliarden an Zuschüssen, die Kindern zustünden, nicht abgerufen werden. Und das, während jedes siebte Kind in Deutschland armutsgefährdet ist - 14 Prozent. 2,1 Millionen Kinder. Und mit ihnen Mütter, die - siehe Gender-Pay-Gap - strukturell einen Karriereknick hinnehmen, weil sie eher in Teilzeit arbeiten und/oder eben nicht Oberärztin werden. Und mit in die Armut rutschen, sobald sie alleinerziehend werden. Schulz' Lösungsansätze sind nun einigermaßen radikal. Flughöhe: ein Wahlrecht für Kinder - und zwar ab null Jahren, stellvertretend ausgeführt durch die Eltern. Es gibt dagegen ein paar sehr schlagkräftige demokratietheoretische Bedenken (unter anderem die relative Entwertung der Stimmen von Kinderlosen). Und ein paar überlegenswerte Argumente dafür (Eltern treffen jeden Tag Entscheidungen für ihre Kinder, warum also nicht auch hier?).

Als Beitrag zur Realpolitik ist „Die Kinderwüste“ damit wohl eher gewagt. Als Gedankenspiel und ganz allgemein zur Auflockerung der Hirne ist es aber durchaus spannend.

Wir sind in Deutschland lange genug seitwärtsgelaufen

Handelsblatt Online, 31.3.2025

Jetzt müssen wir den frischen Mut nutzen und in zukunftsfeste Technologien investieren. Deutschland hat alle Voraussetzungen, um dabei vorne mitzuspielen, meint Bosch-Chef Stefan Hartung.

[...] Ob die aktuelle Politik in Washington den Vorsprung der USA ausbauen oder abschwächen wird, ist völlig offen. Klar hingegen ist, dass wir aufholen müssen – und uns dabei zugleich in den neuen Wirklichkeiten von Wirtschaft und Politik zu behaupten haben.

Deutschland, so sieht es aus, wird mehr politische Verantwortung schultern müssen. Dafür brauchen wir aber nicht nur erhebliche Mittel, sondern auch einen neuen Willen zum technologischen Fortschritt. Denn mutige Innovationen sind die Grundlage einer starken Wirtschaft, und ohne eine starke Wirtschaft werden wir – ob es uns gefällt oder nicht – unsere europäischen Werte nicht verteidigen können.

Deutschland hat zu viele Vorschriften und zu wenig Zuversicht

Die Grundlagen dafür sind vorhanden: Unsere Industrie ist, wie man ab diesem Montag auf der Hannover Messe sehen kann, nach wie vor sehr leistungsfähig – auch im globalen Vergleich. Bei den Patenten gehören wir zur Weltspitze. Wir haben eine hervorragende Forschungslandschaft, wir haben hochqualifizierte Menschen und wir haben den europäischen Binnenmarkt vor der Tür.

Und doch wird der dringend notwendige Wille zum technologischen Fortschritt noch oft von zwei Faktoren gebremst: von einem Zuviel an Vorschriften und einem Zuwenig an Zuversicht. In Berlin und Brüssel werden derzeit gewaltige Summen in die Hand genommen, um die längst überfälligen Investitionen in Sicherheit und Infrastruktur nachzuholen. Das ist gut so.

Zugleich sollten nun aber auch all die ausufernden Regulierungen und Berichtspflichten abgebaut werden, die in der Sache oft wenig bewirken, aber jede Dynamik zuverlässig dämpfen. Gleiches gilt für viele der Vorschriften im Umgang mit neuen Technologien.

Wenn wir etwa bei der Künstlichen Intelligenz schon alles regeln wollen, bevor wir die Technologie überhaupt richtig verstanden haben, dann haben wir zwar die risikoärmsten Anwendungen weltweit – nur leider auch keinen nennenswerten Anteil an der Wertschöpfung durch KI.

Das kommende Milliardenpaket darf deshalb nicht als ein Wohlfühlprogramm für wenige Jahre verstanden werden. Es muss mit entschlossenen Reformen einhergehen – und mit Ausgaben, die nicht rasch verfliegen, sondern sich langfristig bezahlt machen. Dazu zählen Investitionen in zukunftsfeste Technologien, seien es KI oder Robotik, Biotechnologie oder grüne Energien.

Deutsche sind sehr skeptisch gegenüber Technik

Insofern stimmt es bedenklich, wenn ausgerechnet in Deutschland die Technikskepsis besonders ausgeprägt ist: Mit unserem Bosch Tech Compass ermitteln wir einmal im Jahr in sieben Industrieländern die jeweilige Einstellung zu innovativen Technologien. Demnach glauben nur 57 Prozent der Deutschen, dass Technologie die Welt zu einem besseren Ort macht – in China und Indien sind es 88 beziehungsweise 84 Prozent.

Diesem Pessimismus sollten wir in offenen Debatten entgegentreten, in Unternehmen und Schulen, in Politik und Medien. Dabei geht es nicht um die unkritische Verherrlichung jeder neuen Hightech-Lösung. Sondern um Transparenz: Neues muss nachvollziehbar sein, denn nur Verstehen schützt vor Vorurteilen.

Wer sich auf der Hannover Messe umsieht, wird schnell feststellen, dass sich hinter vermeintlich sperrigen Begriffen wie Prozessautomation oder Digital Energy durchaus mehr Chancen als Risiken verbergen. Und zwar nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Umwelt und den Wohlstand.

Denn auch für den Kampf gegen den Klimawandel gilt: Technik ist die bessere Alternative zum bloßen Verzicht. Die großen Möglichkeiten, die sich durch unsere technologischen Fähigkeiten ergeben, werden wir aber nur nutzen können, wenn wir jetzt alle gemeinsam, sowohl in Deutschland wie in Europa, nicht nur Gelder verteilen, sondern uns auf Reformen statt auf Regeln konzentrieren.

Wir sind lange genug seitwärtsgelaufen. Jetzt muss es nach vorne gehen. Mit dem klaren Bekenntnis zur technologischen Souveränität in Europa und mit dem frischen Mut, der sich in den vergangenen Wochen so deutlich gezeigt hat wie schon lange nicht mehr. [...]

Der Autor: Stefan Hartung ist Vorsitzender der Geschäftsführung von Bosch.

Wirtschaft hat weiter Priorität

Renate Kocher, WirtschaftsWoche, 10.3.2025

Die Bürger fordern eine Politik, die Wachstum schafft. Doch das Vertrauen in die Reformkraft der künftigen Regierung ist überschaubar. Ein Gastbeitrag.

Was erwartet die Bevölkerung von der neuen Bundesregierung? Die Bürger stellen für die künftige Koalition eine umfassende Agenda auf. Sie reicht von Bürokratieabbau über eine sichere Energieversorgung und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bis hin zu spürbaren Verbesserungen im Gesundheitswesen, der inneren und äußeren Sicherheit und der Migrationssteuerung.

Oberste Priorität hat die Wirtschaft: 72 Prozent halten es für besonders wichtig, dass die Politik die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und dadurch sicherstellt, dass die deutsche Wirtschaft wieder wächst. Die Probleme der Industrie, insbesondere der Automobilbranche, beunruhigen die Bürger. Die überwältigende Mehrheit misst der Industrie große Bedeutung bei und hofft, dass es gelingt, die Abwanderung von Arbeitsplätzen in diesem Wirtschaftsbereich zu stoppen.

Zwar haben die anhaltenden Hiobsbotschaften über die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland und den Jobabbau in Deutschland bisher nicht dazu geführt, dass die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz gravierend zunehmen. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in einer robusten Verfassung. Viele Sektoren suchen händeringend Personal, insbesondere das Gesundheitswesen, Handwerk, Handel, Gastronomie und der staatliche Bereich. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allen Krisen zum Trotz.

Aber der Bevölkerung ist durchaus bewusst, dass der Standort Deutschland gelitten hat und im internationalen Wettbewerb zurückfällt. Vor fünf Jahren waren noch 66 Prozent überzeugt, dass Deutschland ein guter Standort für Unternehmen ist – jetzt glaubt das nur noch jeder Dritte. Entsprechend schätzen die Bürger auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen heute deutlich schwächer ein als vor fünf Jahren.

Die meisten haben sehr klare Vorstellungen, wie sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern ließen. Eine überwältigende Mehrheit hält es für notwendig, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, die staatliche Regulierung zurückzuschneiden, die Verwaltung zu modernisieren und insbesondere die Digitalisierung voranzutreiben – also den Staat effizienter zu machen und gleichzeitig die Rolle des Staates zu überprüfen, der durch immer mehr Auflagen und

Interventionen die Unternehmen belastet und schwächt. Darüber hinaus hält die große Mehrheit es für notwendig, die Energiekosten zu senken und mehr in das Bildungssystem zu investieren.

Viele hoffen folglich darauf, dass die neue Bundesregierung Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft ergreifen wird. 49 Prozent erwarten dies von der voraussichtlichen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Gleichzeitig glaubt aber nur jeder Fünfte, dass eine schwarz-rote Koalition wichtige Reformen einleiten wird. Noch weniger Zutrauen haben die Bürger, dass die Politik mehr in Bildung investiert, es zu nennenswertem Bürokratieabbau kommt oder Steuerlasten verringert werden. Gut jeder Dritte fürchtet sogar, dass sich unter einer großen Koalition im Vergleich zum bisherigen politischen Kurs nicht viel ändert.

40 Prozent erwarten Koalitionsstreit

Die neue Regierung steht vor enormen Herausforderungen, die nur mit tiefgreifenden Reformen, veränderten Prioritäten, hohen Investitionen in die Modernisierung der Infrastruktur, in Bildung und Verteidigung und mit einem Abbau von Regulierung zu bewältigen sind. Zurzeit fehlt den meisten aber noch das Vertrauen, dass eine schwarz-rote Koalition die Kraft aufbringt, sich auf die notwendigen Maßnahmen zu einigen. Zwar sind die Bürger schwarz-rote Koalitionen gewöhnt; trotzdem sind die meisten bisher nicht überzeugt, dass CDU/CSU und SPD wirklich zusammenpassen. Nur 23 Prozent glauben an eine gute Zusammenarbeit der Parteien, während 40 Prozent fürchten, dass eine weitere von Dissens und Zwist gekennzeichnete Legislaturperiode ansteht.

Trotzdem hofft knapp jeder Zweite, dass sich durch den Regierungswechsel die Chancen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung verbessern. Noch optimistischer ist die Wirtschaft, wo sich die überwältigende Mehrheit positive Impulse durch den Wechsel verspricht. Die große Mehrheit der Bürger ist auch überzeugt, dass die Herausforderungen durchaus bewältigt werden können – wenn nur die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Optimismus und Aufbruchstimmung werden jedoch erst wachsen, wenn die neue Regierung die Probleme entschieden anpackt und nicht durch Mangel an Mut oder wegen interner Konflikte unter ihren Möglichkeiten bleibt.

Fachkräftemangel hemmt Anpassung an vier Megatrends

Frank Specht, Handelsblatt, 25.10.2025

Deutsche Unternehmen wollen sich modernisieren, zeigt eine Studie. Vor allem ein Faktor bremst.

Vier weltweite Megatrends haben das Potenzial, die deutsche Wirtschaft zu verändern – Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Deglobalisierung. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sind fast 30 Prozent der hiesigen Unternehmen von allen vier Entwicklungen betroffen und weitere 63,5 Prozent von bis zu drei.

Mehrere Beispiele allein aus den vergangenen Tagen belegen das: Die Geburtenrate ist rapide gesunken, die Alterung der Gesellschaft verschärft sich, meldet das Ifo-Institut. Bei einem Handelskrieg zwischen den USA und China könnte der Euro massiv abwerten, warnt Goldman Sachs. Die Internationale Energieagentur sieht durch zahlreiche Krisen die Energiesicherheit in Gefahr. Und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schlägt einen Deutschlandfonds vor, um unter anderem Investitionen in die digitalen Netze anzureizen. Die IW-Studie fasst den Transformationsbedarf in Zahlen. Nur rund jedes 13. Unternehmen sieht sich von den Umwälzungen nicht tangiert – meist kleinere Firmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

Besonders die Industrie steht unter einem hohen Anpassungsdruck, Warnungen vor einer Deindustrialisierung Deutschlands werden lauter. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lädt deshalb für kommenden Dienstag zu einem Industriegipfel ins Kanzleramt.

Teurer klimafreundlicher Umbau

Die Studie, die auf Antworten von rund 700 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels beruht, zeigt, dass die Transformation kein Selbstläufer wird. Beispielsweise drohen ohne die Digitalisierung von Prozessen erhebliche Wettbewerbsnachteile.

Doch 44 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, dass ihnen die erforderlichen Fachkräfte fehlen. Auch staatliche Regulierung, hohe Personalkosten oder unzureichende Breitband- und Mobilfunkversorgung hemmen das Vorankommen in diesem Bereich. Beim Ziel der Dekarbonisierung sehen die Unternehmen dagegen vor allem die hohen Kosten der Umstellung auf klimafreundliche Prozesse als Hindernis. Dieses wird noch dadurch vergrößert, dass die hohen Energiepreise finanzielle Ressourcen aufbrauchen, die für die Umstellung genutzt werden könnten.

Immer wieder zeigt sich, wie die vier Megatrends ineinandergreifen. So wäre die Digitalisierung von Prozessen aus Sicht der Befragten nicht nur hilfreich, um die Klimaziele zu erreichen. Sie könnte auch dazu beitragen, leichter mit den Risiken der Deglobalisierung umzugehen.

Doch die Alterung der Gesellschaft verschärft den Mangel an dringend benötigten Fachkräften und erschwert somit Anpassungen bei zwei anderen Megatrends. So erwartet gut jedes dritte vom IW befragte Unternehmen einen steigenden Bedarf an IT-Experten speziell zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien und Produkte.

Knapp 28 Prozent gehen von einer höheren Nachfrage nach Ingenieuren aus. Dabei fehlten im August schon knapp 211.000 Arbeitskräfte mit einer Qualifikation in einem der sogenannten MINT-Fächer (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

Entsprechend wünschen sich die Unternehmen mehr staatliche Investitionen in das Bildungssystem, wenn es um Erfolgsfaktoren für das Gelingen der Transformation geht. Sehr hohe Priorität wird auch der politischen Flankierung unternehmerischer Maßnahmen beigemessen. Hier geht es beispielsweise darum, Freihandelsabkommen zu schließen oder die Außenwirtschaftsförderung zu verbessern. So würde Habeck gern den festgefahrenen EU-Freihandelsgesprächen mit Indien neuen Schwung verleihen. Helfen bei der Anpassung an die vier Megatrends könnte aus Sicht der Unternehmen auch eine stärkere staatliche Förderung privater Investitionen. Ein Ansatz wäre der von Habeck vorgeschlagene Investitions- und Infrastrukturfonds, der aber in der aktuellen Bundesregierung kaum Chancen auf Realisierung hat.

Die Unternehmer sind sich aber bewusst, dass sie selbst etwas zum Gelingen der Transformation beitragen müssen. Dazu gehört, über Branchen hinweg stärker zu kooperieren. Und die Veränderungsbereitschaft muss von den Unternehmensführungen ausgehen.

Künstliche Intelligenz;

Pariser KI-Gipfel spricht sich für ethische und nachhaltige KI aus

David Rech, ZEIT online, 11.2.2025

Zahlreiche Staaten haben sich zum Ziel einer inklusiven, offenen und ethischen KI bekannt. Auch China unterschrieb die Erklärung – Großbritannien und die USA nicht.

Beim Pariser KI-Gipfel haben sich mehr als 60 Staaten für eine ethische und nachhaltige Entwicklung von künstlicher Intelligenz ausgesprochen. Zu den Unterzeichnern der veröffentlichten Abschlusserklärung zählt neben Frankreich und Deutschland auch China. Die USA und Großbritannien schlossen sich hingegen nicht an. US-Vizepräsident J. D. Vance begründete das mit einer übermäßigen Regulierung.

KI müsse "offen", "inklusiv" und "ethisch" sein, heißt es in der Abschlusserklärung. Darin wird auch betont, dass KI "für Menschen und für den Planeten nachhaltig" sein müsse. Der Gipfel habe eine Diskussion über den Energieverbrauch angestoßen, heißt es. Ziel sei es nun, Investitionen in nachhaltige KI-Systeme zu fördern.

Zudem müssten die Auswirkungen von KI auf den Arbeitsmarkt gründlicher untersucht werden. Dazu solle ein Netzwerk von Beobachtungsstellen geschaffen werden, um die Folgen des KI-Einsatzes auf Arbeitsplätze und Ausbildung abzuschätzen. Nötig sei auch ein Dialog über eine globale Steuerung von KI. Bereits laufende Bemühungen sollen besser koordiniert werden, um Dopplungen zu vermeiden.

USA wollen Vormachtstellung behalten

US-Vize Vance stellte sich gegen die Pläne des Gastgebers, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Europa zu einem führenden KI-Standort zu machen. "Die USA sind weltweit führend bei KI, und unsere Regierung will, dass dies so bleibt", sagte der Republikaner, der gleich nach seiner Ansprache das Gipfeltreffen verließ.

Vance warnte vor zu strengen Regeln bei der Entwicklung von künstlicher Intelligenz: "Wir sind überzeugt, dass übermäßige Regeln im KI-Bereich eine zukunftsweisende Industrie ersticken können." Die US-Regierung werde alles daran setzen, "wachstumsfördernde KI-Politik zu unterstützen". Es brauche internationale Regelwerke, die die Entwicklung von KI-Technologie förderten und nicht kleinhielten, sagte Vance.

Als Negativbeispiel für zu strenge Regeln nannte er das EU-Gesetz für digitale Dienste, welches die Verbreitung illegaler Inhalte auf Plattformen verhindern soll. "Natürlich wollen wir sicherstellen, dass das Internet ein sicherer Ort ist", sagte Vance. Dies bedeute aber nicht, "Erwachsene daran zu hindern, eine Meinung zu sehen, die die Regierung für Fehlinformationen hält".

Von der Leyen kündigt Investitionen an

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will die EU in Bezug auf KI stärken und kündigte Investitionen an. Sie sagte zusätzliche 20 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für die Entwicklung von KI in Europa zu. Das Geld soll in vier sogenannte Gigafabriken fließen, in denen Entwickler KI-Modelle mit großen Datenmengen trainieren können. Insbesondere europäische Start-ups sollen auf diese Weise Zugang zu teuren KI-Chips und rechenstarken Computern bekommen.

"KI kann uns dabei helfen, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, unsere Sicherheit zu schützen und die öffentliche Gesundheit zu verbessern", sagte die Kommissionspräsidentin in Paris. Sie verwies auf das europäische KI-Gesetz, das ab 2026 einheitliche Regeln für die Anwendung von künstlicher Intelligenz schafft. Zugleich wiederholte sie ihr Versprechen, bürokratische Hürden für KI-Unternehmen abzubauen.

"Zu oft höre ich, dass Europa im Rennen hinterherhinkt, während die USA und China bereits einen Vorsprung haben", sagte sie. "Ich bin damit nicht einverstanden, denn das Rennen um die KI ist noch lange nicht vorbei."

An dem von Macron ausgerichteten Gipfel nahmen zahlreiche Spitzenpolitiker, Unternehmer und Experten teil. Das Treffen in Paris gilt auch als Versuch, Europas Rolle in einem Bereich zu stärken, der von US-amerikanischen und chinesischen Konzernen dominiert wird. Der nächste Gipfel soll in Indien stattfinden.

Wohlstand durch Waffen? Der vermeintliche Deal mit der Aufrüstung

Ursula Weidenfeld, Spiegel Plus, 16.4.25

Europas Rüstungsindustrie soll auch die deutsche Wirtschaft ankurbeln. Warum die Rechnung der zukünftigen Bundesregierung so nicht aufgehen wird.

Es ist eine Wette auf eine sichere und bessere Zukunft: Je größer die Bedrohung Europas, desto mehr investieren die Länder in ihre Verteidigung, und umso besser entwickeln sich die Volkswirtschaften der Europäischen Union. So ist die Logik der Europäischen Kommission, die den Verschuldungsspielraum für Rüstungsausgaben erweitern will. Und so kalkuliert auch die neue Bundesregierung, die Verteidigungsausgaben zum größten Teil dauerhaft von der Schuldenbremse ausnehmen will. Europa soll kriegsfähig werden. Schöner Nebeneffekt: Es entsteht eine wirtschaftliche Dynamik, die die Wirtschaftsleistung des Kontinents dauerhaft belebt, die Steuereinnahmen befeuert und die Menschen zufriedener macht. Kann das klappen?

Als Vorbild werden gern die USA der Neunzigerjahre des vergangenen und der ersten beiden Jahrzehnte dieses Jahrhunderts zitiert. Verteidigungs- und Rüstungsausgaben hätten in dieser Zeit nicht nur die Industrie stabilisiert. Sie galten auch als Schrittmacher für neue Technologien. Staatsausgaben und Bestellungen des Verteidigungsministeriums hätten ein positives Wirtschaftsklima und die Entwicklungsräume für die Technologie- und Digitalisierungskonzerne geschaffen, die die Weltwirtschaft heute dominieren.

Nur: Die USA hatten damals kein Konjunkturproblem, und es herrschte weitgehend Frieden. In Deutschland aber geht es in den kommenden Monaten erst einmal darum, aus der Dauerkrise herauszukommen. Die Konjunktur soll angeschoben werden. Das ist die Herausforderung.

Die Rüstungsindustrie lastet ihre Fabriken seit 2022 bestens aus.

Ausgerechnet der Bereich, auf den jetzt alle ihre Hoffnung setzen, arbeitet seit 2022 bereits an seiner Kapazitätsgrenze. Über 90 Prozent der vorhandenen Kapazitäten arbeiten auf Hochtouren. Mehr ist kaum möglich, wenn man Krankenstand, Umrüstungen, Warte- und Rüstzeiten berücksichtigt. Die nördlichen Bundesländer, in denen die Verteidigungsindustrie besonders stark ist, wachsen zurzeit schon nahe am Potenzialwachstum. Niedersachsen zum Beispiel ist mit 1,4 Prozent im letzten Quartal

an der Spitze der Bewegung – trotz der Belastungen durch die krisengeschüttelte Autoindustrie. Eine weitere Steigerung könnte die Inflationsgefahr erhöhen.

Für mehr Wachstum bräuchte man also erst einmal nicht zusätzliche Aufträge, sondern vor allem mehr Investitionen und mehr Arbeitskräfte. [...]

Im Wesentlichen vereinen fünf Unternehmen – Rheinmetall, Thyssenkrupp, Hensoldt, Diehl und Renk – die Kapazitäten unter ihrem Dach. Unter den zehn größten Rüstungsunternehmen der Welt verzeichnet das schwedische Friedens- und Konfliktforschungsinstitut Sipri mit der britischen BAE Systems einen einzigen Konzern aus Europa. Ein deutsches Unternehmen ist nicht dabei. Rheinmetall rangiert als größter deutscher Produzent auf Platz 26. Sollte die Branche schnell wachsen, bräuchte sie nicht nur Hunderttausende neue Beschäftigte, sondern müsste auch ihre industriellen Kapazitäten massiv ausweiten und in einem Bereich die globale Führungsrolle übernehmen.

Es besteht kaum ein Zweifel, dass die Firmen das versuchen werden. Bisher aber geht der Kapazitätsaufbau nur schleppend voran, urteilte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft PwC noch im vergangenen Jahr. Inzwischen dürfte das Tempo zwar angezogen haben, doch ob die Fabriken schon groß genug sind, um mehr Aufträge zu stabilen Preisen abzuarbeiten, bleibt fraglich. Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben von 2 auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes würde die vorhandenen Kapazitäten ausnutzen, analysiert der Thinktank DeZernat Zukunft. Das würde bedeuten: Jeder weitere Staatseuro würde mutmaßlich erst einmal den Preisauftrieb befeuern.

Selbst wenn alle Investitionsbeschleunigungsregister gezogen würden: Sehr schnell wird die Rüstungskonjunktur nicht auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung einzahlen. Das ist der kleine, hässliche, aber wichtige Unterschied zwischen kurzfristiger Konjunkturbelebung und langfristigen Strukturveränderungen. Soll die Konjunktur belebt werden, müssen die Effekte noch in diesem Jahr zünden, um einen Unterschied zu machen. Laut der Gemeinschaftsdiagnose der sechs wichtigsten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute aus der vergangenen Woche wird sich die Konjunktur zum Jahresende hin ohnehin beleben. Im kommenden Jahr soll die deutsche Wirtschaft nach dieser Prognose um 1,3 Prozent wachsen.

Der Druck auf die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft bleibt. Hier müssen die Koalitionäre Tempo machen – auch wenn sie bisher hoffen, die Reform von Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuersystem könnte viel milder ausfallen, wenn die Konjunktur nur rasch genug an Fahrt aufnimmt. »There ain't no such thing as a free lunch.« So steht es im Science-Fiction-Roman »Revolte auf Luna« aus dem Jahr 1966. Und das gilt immer noch.

Wohlstand für alle in planetaren Grenzen

C. Alvarez Pereira, Neue Zürcher Zeitung, 27.1.2025

Das Motto des diesjährigen World Economic Forum lautete: «Collaboration for the Intelligent Age». Wer würde dem widersprechen? Doch sind wir bereit für eine solche Zusammenarbeit? Kulturell leben wir in einer Pandemie des Narzissmus. Politisch regieren Polarisierung, Ausgrenzung und apokalyptische Grausamkeit. Wirtschafts- und Technikgläubigkeit nähren den Narzissmus weiter. Die angeblich moderne Zivilisation befindet sich im Wettlauf Richtung Kollaps. Ein Wettlauf, vor dem der Club of Rome schon 1972 mit «Die Grenzen des Wachstums» gewarnt hat.

Einige Analysten beschreiben die Situation als Dilemma: Entweder wir geben das Wohlstandsstreben auf und bereiten uns auf eine permanente «Kriegswirtschaft» vor, oder wir sind dem Untergang geweiht. Das ist nicht die Haltung des Club of Rome. In «Earth for All» (2022) zeigen wir, dass ein gutes Leben erreichbar ist – auf einem gesunden Planeten und für alle. Das gelingt, wenn wir die politischen Rahmenbedingungen so anpassen, dass sie die vielen Ungerechtigkeiten adressieren; die sozialen und ökologischen wie auch die geschlechtsspezifischen, neokolonialen und generationenübergreifenden. Sie sind es, die dem Wohlergehen für alle im Wege stehen.

Geopolitik, Wirtschaft, Finanzindustrie, Regierungen und Wissenschaft sind von engstirnigen Silo-Logiken getrieben. Business as usual und Untergangsszenarien blockieren gemeinsames Lernen. Auch das ist nicht die Haltung des Club of Rome. Die Gesellschaft ist keine Ansammlung egoistischer Individuen. In «No Limits to Learning» (1979) und dem demnächst erscheinenden «No Limits to Hope» stellen wir das Potenzial des Voneinanderlernens ins Zentrum, um intelligente Wege aus dem heutigen Dilemma zu entwickeln und umzusetzen.

Was hat das mit der Schweiz zu tun? Das paradiesische Modell Schweiz ist fragiler, als es scheint. Ihr Erfolg – als globales Zentrum für Forschung, Industrie, Finanzen, Handel und multilateralen Austausch – könnte schnell veraltet sein, wenn sie sich nicht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufstellt. Die Strategie «entwickelter» Länder, ein ökologisch unausgereiftes, ungerechtes Modell in die Welt zu exportieren, ist am Ende.

Ausserdem gibt es «Wohlstand für alle» nur innerhalb der planetaren Grenzen. Die Schweiz konsumiert gemäss Bundesamt für Statistik pro Kopf 2,5-mal so viel, wie nachhaltig verfügbar ist. Ökosysteme, Artenvielfalt und Gletscher sind in einem prekären Zustand. Und trotzdem lebt jede siebte Person in der Schweiz in Armut oder steht kurz davor. Fortschritt für die Schweiz kann nur bedeuten, ihren ökologischen Fussabdruck drastisch zu reduzieren und dabei endlich flächendeckenden Wohlstand zu verwirklichen. Einen solchen Erfolg konnte noch kein Land feiern – bis jetzt.

Die Schweiz kann einen neuen Weg erproben. Sie kann mit ihrer Mischung aus Kühnheit, Pragmatismus, Weisheit und Erfahrung Geschichte schreiben. Die Saat ist gelegt. Gemeinsam mit dem St.-Gallen-Symposium arbeiten wir an der Definition eines «neuen Generationenvertrags». André Hoffmann beschreibt «The New Nature of Business» in seinem jüngsten Buch. Building Bridges fördert die Umstellung der Finanzen auf Nachhaltigkeit. Climate Bridges fördert die Rückbesinnung auf unsere Menschlichkeit, um Nachhaltigkeit zu schaffen. Mit Sweet (Swiss Energy Research for the Energy Transition) fördert das Bundesamt für Energie Projekte, damit die Schweiz ihre Energievision für 2050 verwirklichen kann.

Nicht zuletzt entscheiden die Stimmbürger am 9. Februar über die Umweltverantwortungsinitiative. Ziel ist eine Wirtschaft, die das Wohlergehen aller Menschen mit den Grenzen des Planeten in Einklang bringt. Unterstützt wird die Initiative unter anderem von Umweltorganisationen wie Greenpeace. Das könnte der perfekte Einstieg sein für einen Sprung nach vorne. Wir vom Club of Rome – seit 2009 eine schweizerische Organisation – laden Sie alle herzlich ein auf diesen Weg in eine Zukunft voller Wohlergehen auf einem gesunden Planeten.

Carlos Álvarez Pereira ist Generalsekretär des Club of Rome.

Denken ist keine exklusiv westliche Angelegenheit

Guido Kalberer, Neue Zürcher Zeitung, 4.4.25

Der Bestsellerautor Julian Baggini legt eine globale Geschichte der Philosophie vor. Und verklärt mehr, als er erklärt

Es gibt verschiedene Erklärungen für die Zunahme von Populismus und Nationalismus in den westlichen Gesellschaften. Der englische Autor Julian Baggini sieht darin eine Gegenreaktion auf die «allmähliche Erosion von Zugehörigkeit» zu traditionellen Gruppen und Verbänden. Der ausgeprägte Individualismus, der die westliche Welt stark gemacht habe, untergrabe das Gemeinschaftsgefühl heute so sehr, dass er sie schwäche. Die Kultur des Westens sei aus dem Gleichgewicht geraten, ja zu westlich geworden.

In seinem neuen Buch, «Wie die Welt denkt», richtet Baggini den Blick nach Osten – in der Hoffnung, dass chinesische, japanische und indische Vorstellungen von Individuum und Gesellschaft Wege aus der Krise aufzeigen. Als ob dies nicht genug wäre, bezieht der «philosophische Journalist» bei seiner kulturkritischen Mission auch noch islamische, afrikanische und australische Modelle sozialer Interaktion mit ein. Der Untertitel seines weltumspannenden Unterfangens lautet denn auch: «Eine globale Geschichte der Philosophie».

Wer das grosse Ganze auf 400 Seiten darstellen will, muss zusammenfassen und verdichten. Auf allzu feine Unterschiede und Differenzierungen kann eine Gesamtschau nicht eingehen. Dass es dennoch Grenzen der Komplexitätsreduktion gibt, die nicht überschritten werden dürfen, scheint Julian Baggini nicht zu kümmern.

Er übergeht nicht nur Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, sondern nivelliert auch Unterschiede innerhalb der östlichen Denkweisen. Seine Vogelschau, die weniger erklärt als verklärt, reiht sich ein in die lange Tradition der Bücher, die im Osten die dringend notwendige Ergänzung zum Westen sehen.

Im Dschungel der Zitate

Exemplarisch für die unzulässigen Verallgemeinerungen stehen drei pauschale Thesen, die Julian Baggini in der Mitte des Buches auf gerade einmal zehn Seiten aneinanderreihet: Das chinesische Denken differenziere nicht zwischen dem «Natürlichen und Übernatürlichen»; im afrikanischen Denken spiele die

Unterscheidung zwischen dem «Materiellen und Geistigen» keine Rolle; das islamische Denken unterscheide nicht zwischen dem «Sakralen und Säkularen». Und in Indien herrsche «Einigkeit allen Seins».

Diese Ein- und Allheit des Seins finde Ausdruck in einer Philosophie des Sowohl-als-auch, die Widersprüche nicht aus-, sondern einschliesse. Diese vermeintliche Geschlossenheit und Harmonie des Lebens und Denkens stellt Baggini dem abendländischen Individualismus und Rationalismus gegenüber, der auf einem Entweder-oder-Denken beruhe. Im Unterschied zum Weltbild des Fernen Ostens, das Religion und Philosophie nicht scharf voneinander trenne, gehörten Gegensätze zum unabdingbaren Besteck westlicher Wahrheitssuche.

Trotz den schlichten Thesen, die sich auch in Einführungen in die Weltreligionen finden, ist die Lektüre anstrengend: Denn das Buch wimmelt nur so von Zitaten. Als ob er sich seiner Sache nicht sicher wäre, lässt Julian Baggini dauernd andere Autoren und Interviewpartner zu Wort kommen. Seine schematisch-vereinheitlichende Darstellung der östlichen Denkweisen findet ihre Entsprechung in der einseitigen Charakterisierung der europäischen Philosophie: Erwähnt wird Descartes' «Cogito» und nicht etwa Heideggers Konzept des Daseins als «Mit-Sein».

Der «Siegeszug des Westens», der im einleitenden historischen Überblick erwähnt wird, ist in den Augen Julian Bagginis ins Stocken geraten. Die westliche Kultur sei zwar nicht unterlegen, bedürfe aber des Ausgleichs durch andere mündliche und schriftliche Denktraditionen. Auf seinen Reisen in den Fernen Osten, aber auch nach Afrika und Australien scheint der Journalist fündig geworden zu sein.

Binäre Argumentation

Zu überzeugen vermag seine «Globale Geschichte der Philosophie» dennoch nicht. Der Autor populärer Sachbücher, der das binäre Denken des Westens wiederholt kritisiert hat, argumentiert selbst binär: Hier Verstand, Wissenschaft und lineare Zeit; dort Meditation, Weisheit und zyklische Zeit. So einfach ist die Sache dann doch nicht. Weder im westlichen noch im östlichen oder im afrikanischen Denken. Und dass der Westen wirklich zu westlich ist, darf mit gutem Grund bezweifelt werden. Gerade in Zeiten wie den heutigen, in denen es zentrale Werte der Aufklärung zu verteidigen gilt.